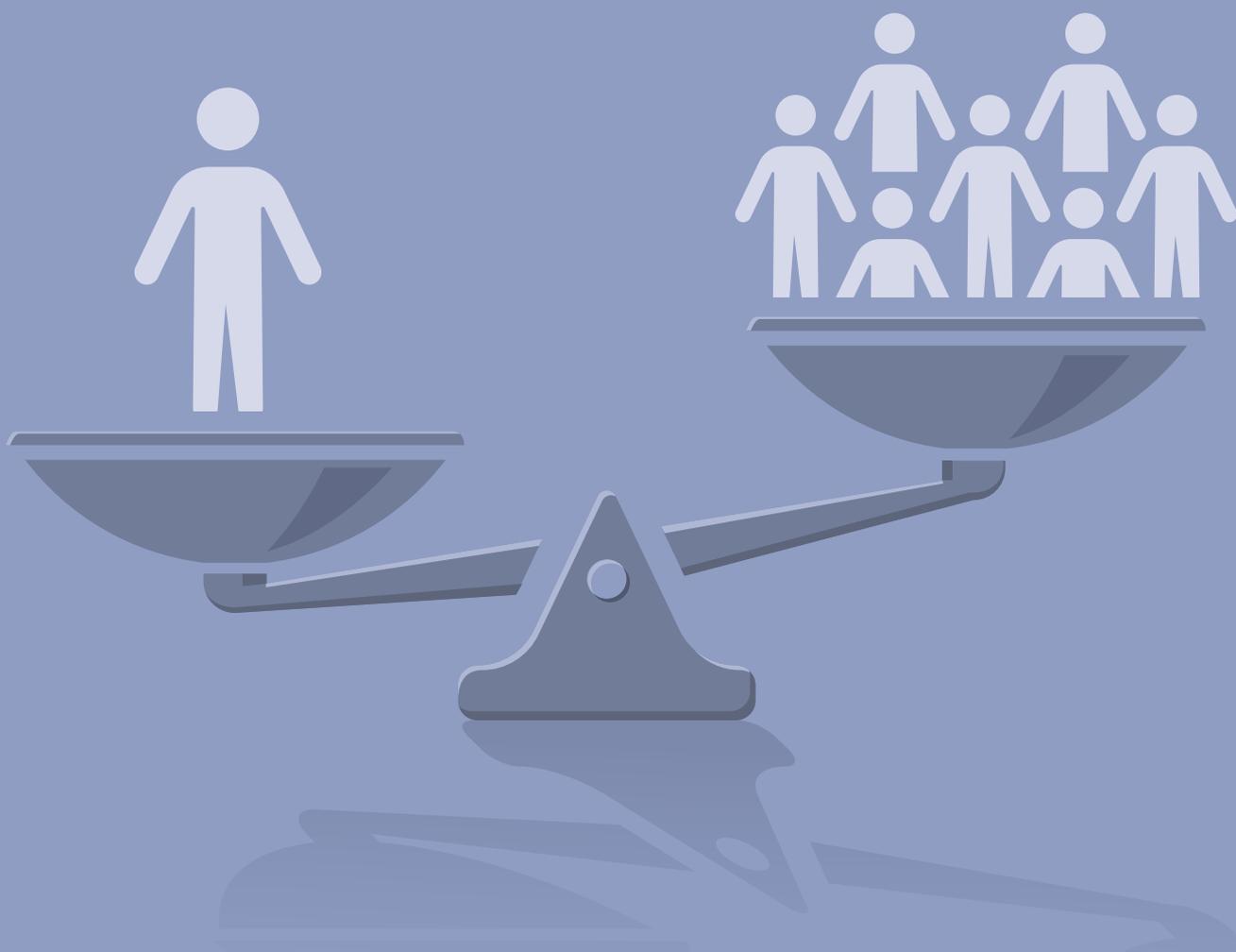


Österreich: Ein Land der Nettozahler?

Unser Sozialstaat hängt an der Leistungsfähigkeit der Bürger, die ihn finanzieren. Aber wer ist das? Wie ist das von den Lebensphasen abhängig? Und wie stark belastet die Corona-Krise den Sozialstaat?



Einleitung

Die Hauptaufgabe des Sozialstaats ist es, faire Lebensbedingungen für alle Bürger zu gewährleisten und für gesellschaftlichen Ausgleich zu sorgen. Im Laufe eines Lebens kommen Menschen unterschiedlich mit dem Sozialstaat in Berührung. In jungen Jahren profitiert man etwa durch Kinderbetreuungsgeld und öffentliche Schulen. Im Alter unterstützt das System die Bürger durch soziale Leistungen, wie Pflegegeld oder Pension. Finanziert wird das alles mit den Beiträgen, die hauptsächlich die Erwerbstätigen leisten. Das funktioniert, solange das Verhältnis der Einzahler und der Leistungsbezieher ausgewogen ist. Doch wie steht es um dieses Verhältnis?

Viele Österreicher ärgern sich darüber, dass ihnen jede Menge an Steuern und Abgaben von ihrem Lohn abgezogen wird. So landet selbst bei Geringverdienern schnell ein Drittel der Arbeitskosten beim Staat, Spitzenverdiener sehen über 50 Prozent ihrer Arbeitsleistung nie auf ihrem Konto. Hinzu kommen indirekte Steuern, etwa die Mehrwertsteuer, die Mineralölsteuer und die Tabaksteuer, die beim Konsum unterschiedlicher Waren und Dienstleistungen anfallen und wiederum aus dem Nettoeinkommen geleistet werden müssen.

Ziel eines Sozialstaates muss es sein, jene Menschen zu fördern, die auf Hilfe angewiesen sind. Gleichzeitig müssen dafür die Leistungsfähigen einen Beitrag zahlen.

Auf der anderen Seite hat sich der Staat im Namen der Steuerzahler zusätzlich viele Milliarden Euro geliehen, um die finanziellen Folgen der Corona-Krise abzufedern. Kaum ein Haushalt, der nicht in den Genuss staatlicher Zuschüsse gekommen wäre. Für die langfristige Tragfähigkeit des Systems ist aber nicht die Krisensituation entscheidend. Sondern die Normalität. Ziel eines Sozialstaates muss es sein, jene Menschen zu fördern, die auf Hilfe angewiesen sind. Gleichzeitig müssen dafür die Leistungsfähigen einen Beitrag zahlen. Dabei sollten möglichst viele Bürger mehr ins Sozialsystem einzahlen, als sie herausbekommen. Nur so kann das System finanzierbar gehalten werden. In der folgenden Arbeit gehen wir der Frage nach, wie es um dieses Verhältnis bestellt ist.

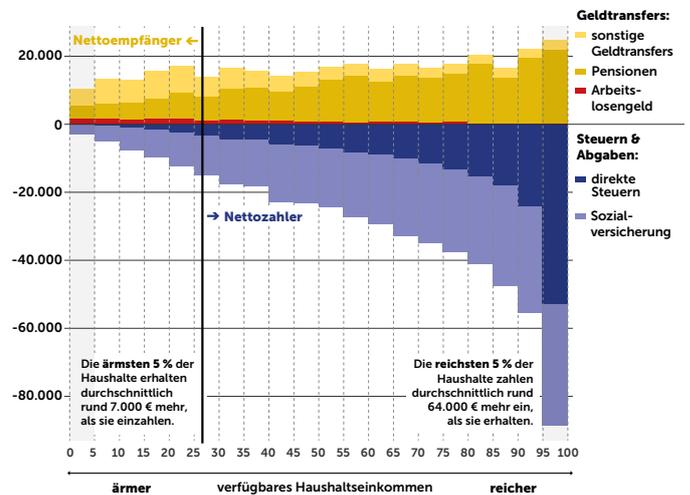
Sind Sie Nettozahler?

Der Sozialstaat soll Menschen eine Stütze geben, die temporär oder dauerhaft nicht oder nur teilweise aus eigener Kraft für ihren Unterhalt sorgen können. Zudem soll das System für einen sozialen Ausgleich sorgen. Leistungsstärkere Haushalte mit einem höheren Einkommen stützen auf diese Art und Weise einkommensschwächere Haushalte. Das ist gesellschaftlicher Konsens in Österreich.

Abb. 1: Umverteilung zwischen den Einkommensgruppen in Euro

Wirkung des Sozialstaates

– direkte Geldtransfers und Abgaben nach Einkommenshöhe, in Euro



Quellen: Eigene Berechnungen, EUROMOD.
Anmerkung: Sonstige Geldtransfers umfassen Familienleistungen, Wohnbeihilfe und Geldleistungen für Gesundheit. Direkte Steuern beinhalten Steuern auf Arbeit, Kapitalerträge und Vermögenseinkommen.



Unsere Berechnungen zeigen, dass unter Berücksichtigung von direkten Abgaben (Sozialversicherungsbeiträgen und Steuern auf Einkünfte) und staatlichen Geldtransfers rund 73 Prozent der österreichischen Haushalte mehr in den Sozialstaat einzahlen, als sie herausbekommen.¹ Sie überweisen also mehr Steuern auf Einkünfte und Sozialversicherungsbeiträge, als sie über staatliche Geldtransfers zurückerhalten. Nach dieser Rechnung würden die ärmsten 27 Prozent der Haushalte mehr vom Sozialstaat empfangen, als sie eingezahlt haben. Oder um es in Gehaltskategorien zu sagen: Bis zu einem Jahresbruttoeinkommen von maximal 20.000 Euro bekommt ein Singlehaushalt mehr Geld vom Staat, als er diesem überweist.

¹ Christl et al. (2020).

Zentrale Größe unserer Berechnungen ist das verfügbare Haushaltseinkommen. Neben den Einkünften und Abgaben spielt hier die Haushaltsgröße, also wie viele Personen von diesem Einkommen leben müssen, eine wesentliche Rolle. Wenn ein Haushalt genau zur Mitte gehört, also die Zahl der Haushalte mit einem höheren Einkommen gleich hoch ist wie jene mit einem niedrigeren Einkommen, empfängt dieser vom Sozialstaat im Jahr um knapp 8.000 Euro weniger, als er einzahlt.

Das Verhältnis von rund 70 Prozent Nettozahlern und 30 Prozent Nettoempfängern sieht durchaus tragfähig aus. Allerdings sind in dieser Berechnung weder öffentliche Sachleistungen (Bildung, Gesundheit etc.) noch indirekte Steuern (Mehrwertsteuer, Umsatzsteuer, Tabaksteuer etc.) enthalten. Um das ganze Bild zu sehen, sind aber sowohl die indirekt gezahlten Steuern als auch die empfangenen Sachleistungen zu berücksichtigen. Wie verändert sich dann das Bild?

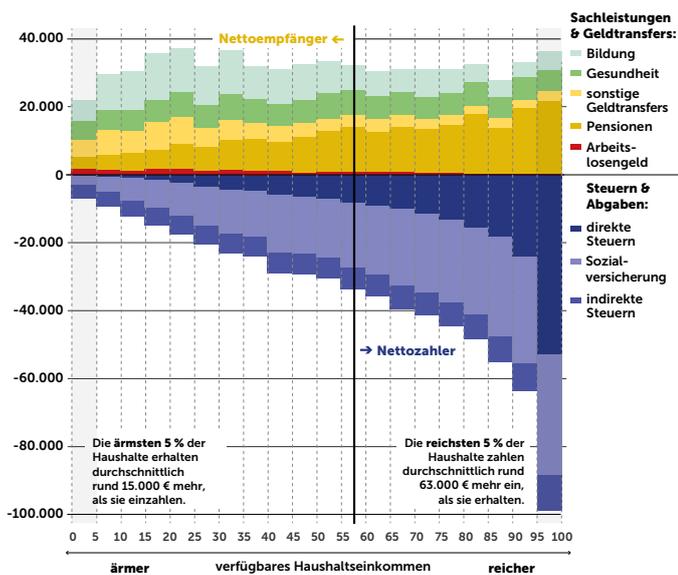
Wie die Umverteilung funktioniert

Werden neben den direkten Abgaben und Geldtransfers auch indirekte Steuern sowie Sachleistungen einbezogen, dann steigt nicht nur die Abgabenlast der Haushalte, sondern auch der Umfang an empfangenen Transferleistungen.

Abb. 2: Das vollständige Bild

Wirkung des Sozialstaates mit indirekten Steuern und Sachleistungen

– direkte und indirekte Transfers und Abgaben nach Einkommenshöhe, in Euro



Quellen: Eigene Berechnungen, EUROMOD.
Anmerkung: Sonstige Geldtransfers umfassen Familienleistungen, Wohnbeihilfe und Geldleistungen für Gesundheit. Direkte Steuern beinhalten Steuern auf Arbeit, Kapitalerträge und Vermögenseinkommen. Zu den indirekten Steuern zählen Steuern auf Konsum wie zum Beispiel die Mehrwert- und Tabaksteuer.

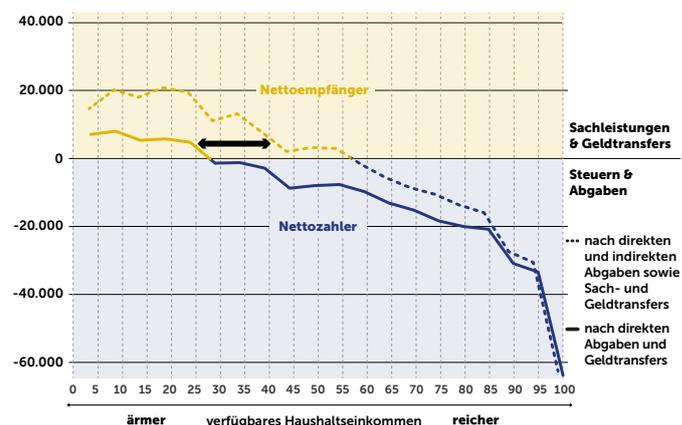
Allen voran Personen mit niedrigen und mittleren Einkommen profitieren stärker von Sachleistungen.² Besonders deutlich wird dies im Bildungsbereich. So erhalten Haushalte in der unteren Hälfte der Einkommensverteilung deutlich mehr Bildungsleistungen, als dies bei den wohlhabenderen Haushalten der Fall ist. Das liegt vor allem daran, dass dort durchschnittlich mehr Kinder pro Haushalt leben.

Insgesamt werden pro Haushalt in Österreich zwischen rund 20.000 und 40.000 Euro jährlich an staatlichen Leistungen wie zum Beispiel Pensionen oder Bildungs- und Gesundheitsleistungen bereitgestellt.

Abb. 3: Vergleich der unterschiedlichen Betrachtungen

Wer in Österreich Nettozahler ist

– Nettozahler und -empfänger nach Abgaben und Transfers nach Einkommenshöhe, in Euro



Quellen: Eigene Berechnungen, EUROMOD.
Anmerkung: Direkte Steuern beinhalten Steuern auf Arbeit, Kapitalerträge und Vermögenseinkommen. Zu den indirekten Steuern zählen Steuern auf Konsum wie zum Beispiel die Mehrwert- und Tabaksteuer.

Unter Berücksichtigung all dieser Abgaben und Transfers erhalten knapp sechs von zehn Haushalten mehr aus den öffentlichen Kassen, als sie einbezahlen; dies wohlgermerkt ohne Auswirkungen der Pandemie. Die ärmsten fünf Prozent der Haushalte empfangen im Schnitt jährlich um 15.000 Euro mehr an Leistungen vom Staat, als sie diesem überweisen, während die reichsten fünf Prozent rund 63.000 Euro im Jahr mehr an den Staat zahlen, als sie von diesem zurückbekommen. Die Grenze zwischen Nettoempfänger und Nettozahler verläuft bei dieser Berechnung bei einem Bruttojahreseinkommen von rund 33.000 Euro für einen Singlehaushalt. Der Übergang von Nettoemp-

² Rocha-Akis et al. (2019).

fängern zu Nettozahlern ist allerdings schleichend. So hätten bereits kleine Veränderungen bei Abgaben und Transfers große Auswirkungen auf eine Vielzahl von Haushalten in der Mitte der Verteilung. Eine große Anzahl von ihnen befindet sich unmittelbar an der Grenze zwischen Empfängern und Zahlern des Sozialstaats.

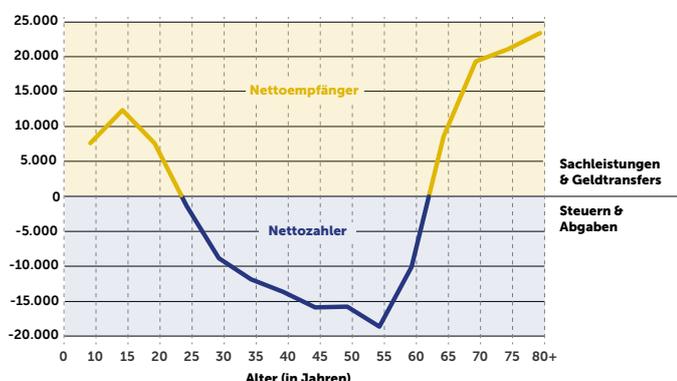
Das kleine Leben im großen Sozialstaat

Aus Sicht des Sozialstaates lässt sich das Leben eines Österreicherers in drei Phasen einteilen. In der ersten Phase profitiert man als Kind besonders stark vom Bildungsbereich, noch werden aber keine Beiträge zum Sozialstaat gezahlt. In dieser Phase sind wir alle durchschnittlich Nettoempfänger. Mit dem Ende der Ausbildung und dem Einstieg ins Berufsleben sind Beiträge zum Sozialstaat fällig. Beginnend rund um das 25. Lebensjahr herum gehören Österreicher im Durchschnitt zu den Nettozahlern. Mit steigender Erwerbsintensität gehen auch die Leistungen aus dem Bildungssystem zurück. Mit 34 Jahren sind die Bildungsleistungen, die wir im klassischen Bildungssystem (Schule und Universität) erhalten, für die meisten Menschen beendet. Die 50- bis 54-Jährigen stellen die zahlungskraftigste Gruppe im System dar. Durchschnittlich übersteigen in dieser Alterskohorte die Einzahlungen durch Steuern und Abgaben die erhaltenen Leistungen jährlich um knapp 20.000 Euro. Im Alter zwischen 60 und 64 Jahren wechseln bereits viele Menschen vom Erwerbsleben in die Pension und im Durchschnitt gehört man bereits wieder zu den Nettoempfängern des Landes.

Abb. 4: Verteilung über den Lebenszyklus

Die Umverteilung im Laufe des Lebens

– direkte und indirekte Transfers und Abgaben nach Altersgruppen, in Euro



Quellen: Eigene Berechnungen, EUROMOD.
Anmerkung: Direkte Steuern beinhalten Steuern auf Arbeit, Kapitalerträge und Vermögenseinkommen. Zu den indirekten Steuern zählen Steuern auf Konsum wie zum Beispiel die Mehrwert- und Tabaksteuer.



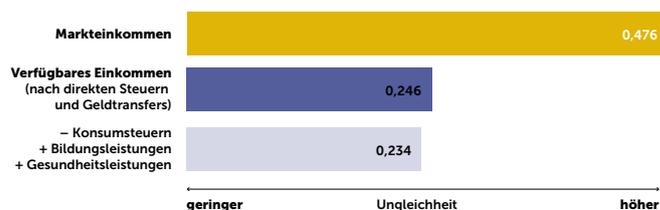
Der Staat verteilt mehr um als gedacht

Nicht zuletzt aufgrund der Corona-Krise wurde in den vergangenen Monaten viel über die Einkommensungleichheit diskutiert. Österreich schneidet dabei im internationalen Vergleich gut ab.³ Das liegt nicht zuletzt am funktionierenden Sozialstaat. Ein weit verbreitetes Werkzeug zur Messung der Verteilung in einem Land ist der Gini-Koeffizient. Er nimmt Werte zwischen 0 (alle Haushalte verfügen über gleich viel Einkünfte) und 1 (ein Haushalt verfügt über alle Einkünfte) an. Mithilfe des Gini-Koeffizienten lässt sich zeigen, wie hoch die Ungleichheit in Österreich ist und an welcher Stelle die Umverteilung erfolgt.

Abb. 5: Umverteilung im österreichischen Sozialstaat

Einkommensungleichheit in Österreich

– Gini-Koeffizient* der Einkommensverteilung, vor und nach Umverteilung



Quellen: Eigene Berechnungen, EU-SILC, EUROMOD.
* Der Gini-Koeffizient nimmt Werte zwischen 0 (alle Haushalte verfügen über gleich viel Einkünfte) und 1 (ein Haushalt verfügt über alle Einkünfte) an. Alle Einkommen nach Haushaltsgröße gewichtet.



Der Wert der Ungleichheit liegt vor dem Eingriff des Sozialstaates in Österreich bei 0,476. Unter Berücksichtigung der direkten Steuern und Geldleistungen sinkt er auf einen Wert von 0,246. Werden darüber hinaus die indirekten Steuern mit eingerechnet, steigt die Ungleichheit auf 0,26 – was darauf zurückzuführen ist, dass Konsumsteuern ärmere Haushalte in Relation zum Einkommen stärker belasten. Diese Ungleichheit wird jedoch durch die Einbeziehung von Sachleistungen weiter reduziert auf ein Niveau von 0,234. Das zeigt: Sachleistungen tragen zusätzlich noch einmal zur Verringerung der Ungleichheit bei. Sie finden allerdings bei internationalen Vergleichen zumeist keine Berücksichtigung.⁴ Die Umverteilungsleistung des österreichischen Sozialstaats wird daher in diesen Untersuchungen unterschätzt.

³ OECD (2020).

⁴ Causa & Hermansen (2020) und Bubicco & Freytag (2018).

Wie Corona den Sozialstaat belastet

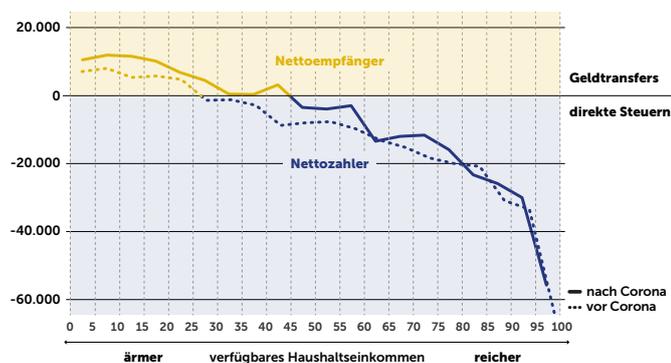
Die Corona-Pandemie hat den Sozialstaat stark gefordert. Die Zunahme von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit hat die Einnahmen aus den Einkommensteuern sinken und die Ausgaben für Arbeitslosengeld und staatliche Hilfen steigen lassen. So zeigen Berechnungen der Agenda Austria, dass unter Berücksichtigung von Steuern auf Einkünfte und Sozialversicherungsabgaben sowie staatlichen Geldtransfers der Anteil der Nettozahler aufgrund von Corona um knapp 20 Prozentpunkte deutlich gesunken ist.

Das wiederum bedeutet: Im Zuge der Pandemie ändert sich das Verhältnis von Nettozahlern und Nettoempfängern auf 55:45. In dieser Berechnung sind allerdings weder staatliche Sachleistungen noch die indirekten Steuern berücksichtigt. Für eine umfassende Analyse fehlen zum aktuellen Zeitpunkt (März 2021) die Daten zum veränderten Konsumverhalten, die erst in den nächsten Jahren verfügbar sein werden. Klar ist dennoch, dass die Zahl der Nettozahler aufgrund der Pandemie deutlich gesunken ist.

Abb. 6: Wie Corona die Anzahl Nettozahler reduziert

Die Nettozahler und -empfänger in der Corona-Krise

– Nettozahler und -empfänger nach Abgaben und Transfers nach Einkommenshöhe, in Euro



Quelle: Eigene Berechnungen, EUROMOD.
Anmerkung: Geldtransfers umfassen Pensionen, Arbeitslosengeld und sonstige Transfers wie Familienleistungen, Wohnbeihilfe und Geldleistungen für Gesundheit. Direkte Steuern beinhalten Steuern auf Arbeit, Kapitalerträge und Vermögenseinkommen.



Handlungsempfehlungen

— **Richtig umverteilen durch passgenaue Sachleistungen:** Die meisten diskutierten Lösungen, die die Ungleichheit in Österreich verringern sollen, sind wenig einfallsreich: Zusätzliche Steuern und Abgaben für obere Einkommen sollen es richten. Dabei gehört Österreich ohnehin schon zu den Ländern mit den höchsten Abgabenquoten weltweit. Diese anzuhäufen würde den Arbeitsanreiz weiter reduzieren und

nur begrenzt zur Verringerung der Ungleichheit beitragen. Wir lassen uns unseren Sozialstaat mit jährlich über 110 Milliarden Euro⁵ bereits einiges kosten – und wenn der dann trotzdem nicht ausreichend sozialen Ausgleich schafft, dann fehlt es nicht an Geld, sondern an Effizienz und Treffsicherheit. Unsere Analyse hat gezeigt, dass der Sozialstaat in Österreich zu einem großen Teil über Sachtransfers funktioniert. Das ist grundsätzlich auch gut so: Denn die Chance, dass Transfers dort landen, wo sie wirklich gebraucht werden, ist im Fall von Sachleistungen zumindest höher, als wenn einfach nur Gelder ausgezahlt werden. Allein: Die Qualität muss stimmen. Und das ist nicht immer der Fall, wie diese Pandemie gezeigt hat.

1. Geld dorthin lenken, wo es dringend gebraucht wird: Besonders wirksam ist die Umverteilung im Bereich der Bildung. Nirgendwo sonst könnte der Ungleichheit besser begegnet werden als in der Ausbildung der nächsten Generationen. Schulen sollten deshalb so finanziert werden, dass sie ihre jeweiligen ganz konkreten Bedürfnisse erfüllen können. Würde man hierzulande die Finanzierung der Schulen an einen Sozialindex koppeln, der überall dort mehr Geld bereitstellt, wo die Herausforderungen höher sind, könnte beim Thema Ungleichheit mehr erreicht und die positive Wirkung der Umverteilung verstärkt werden. Allerdings braucht es Kontrolle darüber, dass das eingesetzte Geld auch seine Wirkung entfaltet.

2. Mehr Autonomie für Schulen und mehr Transparenz: Österreich gehört im internationalen Vergleich zu den Ländern mit den höchsten Bildungsausgaben pro Schüler. Dieses Geld muss aber auch bei den Schülern ankommen. Das ist nicht der Fall, wie alle internationalen Bildungsvergleiche zeigen. Österreich ist trotz hohem Mitteleinsatz nur Mittelmaß. Besonders schlecht sieht die Lage für Kinder aus bildungsfernen Haushalten aus.

Um die Bildungschancen von Kindern aus benachteiligten Haushalten zu erhöhen, schlägt die Agenda Austria in Anlehnung an die „London Challenge“ ein Schulverbesserungsprogramm der Labour Party aus dem Jahr 2003 vor. Also gewissermaßen eine „Austrian Challenge“. Die Schulen sollten vollständig autonom über das öffentliche Geld verfügen dürfen. Wenn sie

⁵ Siehe Statistik Austria: Ausgaben für Sozialleistungen nach Funktionen (ESSOSS).

sich gleichzeitig dazu verpflichten, ihre Ergebnisse und damit auch ihre Lernfortschritte öffentlich zu machen. Auf diese Weise ist zu sehen, ob die Mittel effizient und effektiv eingesetzt werden. Die Schulen könnten sich zudem miteinander vergleichen und voneinander lernen. Sogenannte Problemschulen bekommen mehr Geld, das sich in verbesserten Leistungen der Schüler niederschlagen sollte. All jenen Schulen, die trotz zusätzlicher finanzieller Ressourcen (abhängig von ihren individuellen Rahmenbedingungen wie etwa der Zusammensetzung der Schüler) keine Verbesserungen erzielen, sollten Experten unterstützend zur Seite gestellt werden – Abgesandte von erfolgreichen Schulen etwa oder in Zusammenarbeit mit externen Initiativen wie z. B. „Teach for Austria“. Erst wenn auch dann noch immer keine Fortschritte erzielt werden können, sollten die Schulen wieder dem Ministerium unterstellt werden, bis sich ihre Situation verbessert hat.

3. Stärkere Förderung der frühkindlichen Bildung:

Eine Vielzahl ökonomischer und soziologischer Untersuchungen hebt die große Bedeutung der frühkindlichen Bildung hervor – nicht nur im Sinne des Bildungserfolgs, sondern auch in Hinblick auf eine bessere Integration. Eine Analyse von OECD-Daten zeigt, dass hierzulande im Sekundarbereich überdurchschnittlich viel und in der Altersklasse der jüngsten Kinder vergleichsweise wenig Geld ausgegeben wird. Österreich sollte es den skandinavischen Ländern gleichtun und verstärkt auf eine Förderung der Jüngsten setzen. Die Gesamtausgaben für Bildung müssten dabei nicht steigen, stattdessen sollten die Mittel anders verteilt werden.

Dazu braucht Österreich flächendeckend eine ganztägige Kinderbetreuung mit einheitlichen Mindeststandards. Die PISA-Ergebnisse der letzten Jahre zeigen, dass Schüler, die frühkindliche Bildungseinrichtungen besucht haben, signifikant bessere Ergebnisse erzielen als ihre Klassenkameraden. Wie in Wien und in Kärnten sollten in allen Bundesländern auch private Betreuungseinrichtungen von der öffentlichen Hand mitfinanziert werden. Das Geld sollte immer dem Kind folgen, ganz egal, ob es in einen öffentlichen oder privaten Kindergarten geht, zu einer Tagesmutter oder einem Tagesvater. Private Angebote schaffen flexible Lösungen, die den individuellen Bedürfnissen der Familien besser gerecht werden, und sollten deshalb nicht benachteiligt werden. Dabei sollte durchgehend auf eine hohe Qualität gesetzt werden, die sich am besten durch einheitliche und hochwertige Aus-

bildungsstandards für die Betreuung von Kindern erzielen ließe. Und: Eine gute Betreuung sollte allen Kindern zur Verfügung stehen und nicht nur jenen vorbehalten bleiben, deren Eltern berufstätig sind. Gerade Kinder aus Familien mit stark begrenzten finanziellen Ressourcen profitieren besonders von einem guten Bildungsangebot, wenn man ihnen den Zugang dazu gewährt. Sie dürfen davon nicht ausgeschlossen werden, sondern brauchen im Gegenteil besondere Aufmerksamkeit.

— **Corona-Effekt temporär halten:** Die Pandemie und die damit einhergehende Wirtschaftskrise haben die Abhängigkeit vom Staat noch einmal deutlich steigen lassen. Das ist in der Krise verständlich, darf aber nicht zu einer neuen Normalität führen. Ganz im Gegenteil, es muss die Ausnahme bleiben.

1. Zurück zum Markt: Im Aufschwung sollte die Abhängigkeit vom Staat wieder zurückgedrängt werden. Das bedeutet, dass Hilfsprogramme wie Kurzarbeit, aber auch Unternehmenshilfen spätestens zum Jahresende 2021 – sofern es zu keinen neuen Lockdowns und Wirtschaftseinbrüchen im Herbst kommt – auslaufen. Die Agenda Austria hat kürzlich in einer Publikation dargelegt, wie dieser Ausstieg aussehen sollte.⁶

2. Ein größerer Kuchen: Es ist weitgehend unumstritten, dass der staatliche Eingriff während der Wirtschaftskrise durch Hilfen und Erleichterungen richtig gewesen ist. Auch wenn Geschwindigkeit und Treffsicherheit ausbaufähig gewesen wären, war es dennoch die richtige Entscheidung, um einen stärkeren Einbruch zu verhindern. Im Zuge dieser Rettungsprogramme sind die Ausgaben der öffentlichen Hand rasant gestiegen und die Einnahmen deutlich gesunken. Die Republik hat weitere Schulden aufnehmen müssen. Dennoch ist die Debatte darüber, wer die Krise zu finanzieren hat, eine Scheindebatte, der man nicht erliegen sollte. Da auch die Corona-Pandemie irgendwann zu Ende gehen wird, bedarf es daher auch keiner neuen Umverteilungswerkzeuge. Statt den Aufschwung mit neuen Steuern abzuwürgen, sollte sich die Regierung darauf stützen, den Kuchen für alle durch wachstumsfreundliche Politik zu vergrößern. Und damit auch die Steuerbasis für den Staat.

Im Aufschwung sollte die Abhängigkeit vom Staat wieder zurückgedrängt werden.

⁶ Kucsera & Lorenz (2021).

Literatur

Bubicco, R. L., Freytag, L. (2018). Inequality in Europe. European Investment Bank. Online verfügbar unter: https://www.eib.org/attachments/efs/econ_inequality_in_europe_en.pdf (abgerufen am 8.3.2021).

Causa, O., Hermansen, M. (2020). Income redistribution through taxes and transfers across OECD countries. OECD Economics Department Working Papers No. 1453. Online verfügbar unter: <https://www.oecd-ilibrary.org/docserver/bc7569c6-en.pdf?expires=1615233131&id=id&accname=guest&checksum=B23C1F2FC9864A3735C-151C8D38644FA> (abgerufen am 8.3.2021).

Christl, M., Köppl-Turyna, M., Lorenz, H., Kucsera, D. (2020). Redistribution within the tax-benefits system in Austria. *Economic Analysis and Policy* 68 (2020), 250–264. Online verfügbar unter: <https://www.sciencedirect.com/science/article/abs/pii/S0313592620304227> (abgerufen am 8.3.2021).

Kucsera, D., Lorenz, H. (2021). **Der schrittweise Ausstieg aus der Kurzarbeit.** Ein Vorschlag der Agenda Austria. *Agenda Austria*. Online verfügbar unter: <https://www.agenda-austria.at/publikationen/der-schrittweise-ausstieg-aus-der-kurzarbeit/> (abgerufen am 8.3.2021).

OECD (2020). How's Life in Austria? OECD Better Life Initiative. Online verfügbar unter: <https://www.oecd.org/austria/Better-Life-Initiative-country-note-Austria.pdf> (abgerufen am 8.3.2021).

Rocha-Akis, S., Bierbaumer-Polly, J., Bock-Schappellwein, J., Einsiedl, M., Gugler, A., Klien, M., Leonni, T., Loretz, S., Lutz, H., Mayrhuber, C. (2019). Umverteilung durch den Staat in Österreich 2015. Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung. Online verfügbar unter: https://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person_dokument/person_dokument.jart?publikationsid=61782&mime_type=application/pdf (abgerufen am 8.3.2021).

Herausgegeben von der Denkfabrik



www.agenda-austria.at

Herausgeber

Dr. Franz Schellhorn

Autoren

Dr. Dénes Kucsera,
Mag. Hanno Lorenz

Lektorat

MMag.^a Judith Kreiner

Infografiken

Ksenia Pogorelova, MA

**Agenda Austria
Türkenstraße 25/1/10
1090 Wien
Austria**

**T +43 1 361 99 61-0
office@agenda-austria.at**